

"Ich, Obfrau Mag.a Petra Chiba und ich, Obmann Dr. Franz – im Namen der genannten Vereine – beschweren sich:

**3.1.** dass Rumänien die Gelder zweckentfremdet, die es von der Europäischen Union erhält, um seine Straßenhunde kastrieren zu lassen, um die Überpopulation in den Griff zu bekommen. Rumänien missbraucht derzeit offensichtlich diese Gelder, da die Lage trotz laufender finanzieller Unterstützung nun eskaliert ist.

Auch zuzulassen, dass Kopfgeldprämien an jeden Hundefänger bezahlt werden können, über öffentliche Medien propagiert, ist eine Schande für die EU. Es wird eine Hundefänger-Lobby geduldet, die sich auch an EU Geldern bereichert. Hier duldet das Land kriminelle Machenschaften. Beweisbar über Medienberichte im In- und Ausland.

**3.2.** dass Rumänien gegen eigene und EU Gesetze verstößt, und es der rumänische Staat und die Polizei befürworten, dass sowohl Katzen als auch Hunde auf den Straßen abgeschlachtet, verstümmelt, gequält und auf grausamste Art zu Tode gebracht werden. Bilder sehen Sie überall auf youtube, in facebook, Hinschauen ist gefordert!

**3.3.** dass Rumänien die Bevölkerung im eigenen Land aufhetzt gegen die Streuner - und auch im Ausland falsche Tatsachen propagiert: dass ein 4-jähriger Junge Anfang September 13 in Bukarest von Straßenhunden totgebissen worden sei. Der Verdacht liegt nahe - aufgrund von ernstzunehmenden Recherchen - dass dem Jungen von Menschen etwas angetan wurde - so die Aussage der Juristin Mihaela Anghelus aus Bukarest in Facebook und laut eines Interviews, das ein rumänischer Politiker und gleichzeitig Europaparlamentarier (Name leider nicht bekannt), der rumänischen Zeitung "DC News" gegeben hat. Er spricht hier offen aus, dass die Regierung bewusst die Wahrheit zurückhält und den Vorfall mit dem Jungen den Straßenhunden andichtet, um so die eigene Bevölkerung aufzuhetzen und zu weiteren Tiermorden aufzurufen. Der Politiker berichtet auch, dass die Autopsie ergeben hat, dass der Junge wohl missbraucht und dann getötet wurde.

**3.4.** dass Rumänien diesen Vorfall zu seinen Gunsten so hochgepuscht hat, um vermutlich den Goldabbau durch den Einsatz von hochgiftigem Zyanid - für Mensch und Tier extrem gefährlich - weiter zu fördern. Die Förderlizenzen werden von rumänischen Politikern an ausländische Unternehmen verkauft – es wird durch dieses Ablenkungsmanöver höchstwahrscheinlich versucht, innenpolitische Machenschaften zu verdecken.

**3.5.** dass Rumänien seit Jahren und besonders aktuell wieder massiv gegen Tierschutzgesetze verstößt und dies von der EU ohne Widerhall geduldet wird.

**3.6.** dass dieses Fehlverhalten des EU-Mitgliedstaates Rumänien von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften ignoriert wird, nicht entsprechend geahndet, also auf das Schärfste verurteilt und sanktioniert wird.

**3.7.** dass die EU nicht nachprüft, wozu die zweckgebundenen für Kastrationsprogramme ausbezahlten EU-Gelder letztlich von Rumänien verwendet wurden, die eigentlich für Kastrationsprojekte in Rumänien gedacht waren. Auch wissen die EU - Verantwortlichen, dass diese Gelder eindeutig seit geraumer Zeit missbraucht werden. Trotzdem wird bislang nichts unternommen, statt dass sich die EU durch Rumänien einen Rechenschaftsbericht bzgl. dieser dafür gezahlten Gelder vorlegen lässt.

**3.8.** dass keine Untersuchung durch die Kommission vorgenommen wird, wieviele EU-Gelder Rumänien bereits für das willkürliche Töten der Katzen und Hunde missbraucht hat. Eine Rückforderung zweckentfremdeter Gelder wäre angebracht und wird gefordert.

**3.9.** dass weiterhin ungehindert Korruption in diesem Land - einem EU-Mitgliedsstaat - herrscht, welche von der EU geduldet und nicht unterbunden wird. Es müsste ein Anliegen sein, die Reputation der EU nicht durch solche Mitgliedstaaten beschädigen zu lassen, sondern Rumänien auf höhere menschliche Werte im Menschen- und Tierschutz hinzuführen.

## **BEILAGE ZU PUNKT 5) - Beschwerde von Mentor4dogs e.V. und Animal Spirit e.V. 9.10.2013**

**5.1.** Die EU-Kommission soll Rechenschaft über die bisher an Rumänien bezahlten, zweckgebundenen EU-Gelder bzgl. der Kastrationsprogramme für die Straßenhunde von der rumänischen Regierung verlangen.

**5.2.** Rumänien sollte unmittelbar und offiziell untersagt werden, Streunertiere auf den Straßen oder in Tierheimen massakrieren zu lassen und auch die Abscheu hinsichtlich dieser unmenschlichen Entscheidung in Rumänien öffentlich kundtun.

**5.3.** Rumänien wird über die EU Verantwortlichen angewiesen, die sogenannte Hunderfänger-Lobby im ganzen Land zu verbieten und Tiermorde unter Strafe zu stellen.

**5.4.** Das geltende Fütterungsverbot - für die Strassenhunden durch die Bevölkerung - soll durch EU Intervention unverzüglich aufgehoben werden.

**5.5.** Es soll Rumänien eine angemessene Verurteilung zukommen für sein bisheriges Fehlverhalten als EU-Mitgliedstaat.

**5.6.** Scharfe Sanktionen durch EU Verantwortliche verhängen, so dass Rumänien gezwungen wird, ab sofort Tierschutzgesetze einzuhalten, und dies unter strenge und regelmäßige Beobachtung durch die Kommission zu stellen.

**5.7.** Sie soll Rumänien die Auflage geben, sofort dafür Sorge zu tragen, dass Kastrationsprogramme überall unmittelbar, und regelmäßig - unter Berücksichtigung von Schmerzfreiheit bei der Operation für die Tiere - durchgeführt werden.

**5.8.** Rumänien muss veranlasst werden, die Zustände in den Tierheimen unverzüglich zu verbessern.

**5.9.** Sie soll Rumänien veranlassen, sofort alle Tötungslager in artgerecht geführte Tierheime umzufunktionieren.

**5.10.** Rumänien muss untersagt werden, das eigene Volk aufzuhetzen gegen unschuldige Tiere, die ein Recht auf Leben haben! Dieses Recht ist unteilbar. Hunde können aus sich selbst heraus keine „Geburtenkontrolle“ vornehmen – Menschen müssen dafür sorgen, dass die Population durch Kastrationsprogramme eingedämmt wird. Es besteht die Forderung nach modernem Tierschutz anno 2013.

**5.11.** Der Beschluss des Verfassungsgerichtes von 2012, in dem das Töten der Straßenhunde untersagt worden ist, darf von Rumänien nicht weiter ignoriert werden. Dafür soll sich die Kommission mit allen Mitteln einsetzen.

**5.12.** Sie soll zudem alles Menschen- und Gesetzesmögliche tun, um diese grausamen Vorfälle in Zukunft im Keim zu ersticken.

1 .....diese Fotos waren dem beigefügten Mail angehängt als Beispiele für unzählige Fotos  
mfg Mentor4Dogs 9.10.2013

